

[P R E S S E - I N F O]

Europäische Transparenzinitiative - Chronologie

- 13.4.2011** **Neuer Gesetzesvorschlag der EU-Kommission** wird von den Mitgliedsstaaten unterstützt. Frankreich, Ungarn, Großbritannien und Österreich enthielten sich der Stimme. Großbritannien macht sich für eine Veröffentlichung der Zahlungen aller Empfänger von Agrarsubventionen stark und fordert die Kommission auf, sehr bald einen umfassenden Vorschlag vorzustellen, um dies sicherzustellen.
- 9.11.2010** **EuGH-Urteil:** Gerichtshof erklärt Durchführungsbestimmungen für Veröffentlichung von EU-Agrarsubventionen als Ganzes für ungültig. Grund: Verhältnismäßigkeit wurde nicht gewahrt. Keine Unterscheidung bei der Veröffentlichung im Hinblick auf Bezugsdauer, Häufigkeit oder Art und Umfang der erhaltenen Beihilfen. Aigner sperrt deutsche Internetseite.
- 18.6.2009** **Hessischer Verwaltungsgerichtshof, Kassel:** Daten der Empfänger von EU-Agrarsubventionen dürfen im Internet veröffentlicht werden.
- 17.6.2009** **Die Empfänger von Direktzahlungen und Marktbeihilfen werden nun auch mit sechs Wochen Verspätung in Deutschland veröffentlicht! Ausnahme: Bayern.**
- 9.6.2009:** Das **Hauptzollamt Hamburg-Jonas** hat nach einem jahrelangen Rechtsstreit der Umweltschutzorganisation Greenpeace die Empfänger von Exportsubventionen während der Haushaltsjahre 2004/2005 und 2003/2004 geschickt. 35 Namen gab das Amt am Montagnachmittag bekannt, fünf weitere waren schon vorher öffentlich.
- 3.6.2009:** Das **Schleswig-Holsteinische Obergerverwaltungsgericht** hat heute in drei Eilverfahren entschieden, dass eine Veröffentlichung von geleisteten Agrarsubventionen unter Namensnennung der Empfänger im Internet zulässig ist. http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse-/Pressemitteilungen/03062009OVG_20Agrarsubventionen_20im_20Interne.html.
- 27.5.2009:** Das **Bundesverwaltungsgericht in Leipzig** entschied, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Empfänger von Exportsubventionen kein Ausschlussgrund für die Freigabe sind. Die 40 größten Empfänger von EU-Exporthilfen müssen nun mit Namen und Fördersumme offengelegt werden (Greenpeace). Das Verfahren ist unabhängig von der Veröffentlichung der Empfänger aller Agrarhilfen Mitte Juni. **Bayern blockiert** indes die geplante Offenlegung der Empfänger von EU-Agrarsubventionen. „Bayern wird nicht veröffentlichen“, sagte ein Sprecher von Landesagrarminister Helmut Brunner (CSU) in Berlin. „Es kann nicht sein, dass Daten veröffentlicht werden, die man später als schützenswert erkennt.“ Der

Für weitere Infos wenden Sie sich bitte an:

Marita Wiggerthale, Tel.: 030-42 85 06 31, Handy: 0162-1386321, E-Mail: mwiggerthale@oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V., Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Tel.: 030-42 85 06 21 www.oxfam.de

Freistaat warte auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zu Datenschutzbedenken.

- 25. Mai 2009:** Der Veröffentlichung von Agrarsubventionen steht einer Entscheidung des **Verwaltungsgerichts Karlsruhe** zufolge nichts im Weg. In einem am Montag veröffentlichten Beschluss entschied das Gericht, dass die Veröffentlichung der Transparenz diene und rechtmäßig sei.
- 15. Mai 2009:** Bund und Länder werden Mitte Juni die kompletten Listen veröffentlichen (www.agrar-fischerei-zahlungen.de). Die Website wird dann eine Aktualisierung der Zahlungen aus dem Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie die ungleich größeren Subventionen aus Betriebs- und Flächenprämien und den Agrarmarkmaßnahmen wie etwa den Exporterstattungen enthalten.
- 11. Mai 2009:** Bauern scheitern mit Verfassungsbeschwerde gegen die Veröffentlichung der EU-Agrarsubventionen. Das **Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe** hat eine Verfassungsbeschwerde gegen die Offenlegung der Empfänger der Gelder ohne weitere Begründung nicht angenommen.
- 4. Mai 2009** **OVG Greifswald** stoppt Offenlegung von Agrarsubventionen im Internet
Das Landwirtschaftsministerium von Mecklenburg-Vorpommern darf vorerst die Höhe der EU-Agrarsubventionen für einen Landwirt nicht im Internet zu veröffentlichen. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Greifswald gab am Montag dem Bauern Recht, der gegen einen gegenteiligen Beschluss des Schweriner Verwaltungsgerichts Einspruch eingelegt hatte. Die Richter am OVG bezweifelten, dass die von der Europäischen Union verordnete Offenlegung geeignet sei, die öffentliche Kontrolle der entsprechenden EU-Fonds zu verbessern, heißt es in einer Mitteilung des Gerichts.
- 30. April 2009:** Stichtag für die Veröffentlichung der Direktzahlungen und Marktbeihilfen inkl. Exportsubventionen, der für alle Mitgliedsstaaten gilt (EGFL¹-Mittel ab dem 16. Oktober 2007). Deutschland veröffentlicht nicht.
- 28. April 2009:** Das **Verwaltungsgericht Schwerin** hat Eilanträge von Bauern gegen die Bekanntgabe ihrer Daten im Netz zurückgewiesen.
- 24. April 2009:** Beschluss des **Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen**: Empfänger von EU-Agrarsubventionen dürfen im Internet veröffentlicht werden.
- 23. April 2009:** Das **Verwaltungsgericht Schleswig** hat in drei Eilverfahren die für Ende April 2009 nach EU-Recht vorgeschriebene Veröffentlichung von geleisteten Agrarsubventionen unter Namensnennung der betroffenen Landwirte bzw. Firmen im Internet vorläufig gestoppt. Mit den ausgesprochenen einstweiligen Anordnungen wird das Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftsministerium verpflichtet, die Veröffentlichung der betreffenden Daten solange zu unterlassen, bis der Europäische Gerichtshof über eine

¹ Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)

Vorlage des Verwaltungsgerichts Wiesbaden zur selben Problematik entschieden hat.

- 22. April 2009:** Aigner empfiehlt vorläufige Aussetzung der Veröffentlichung weiterer Informationen über die Empfänger von Agrarzahlungen.
- 21. April 2009:** **Verwaltungsgericht Wiesbaden:** Daten von Subventionsempfängern dürfen vorläufig vom Land Hessen im Internet nicht veröffentlicht werden.
- 14. April 2009:** **Verwaltungsgericht Minden:** Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung wird abgelehnt.
- 17. März 2009:** DBV-Kampagne: Veröffentlichung der EU-Agrarbeihilfen im Internet stoppen.
- 27. Februar 2009:** **Verwaltungsgericht Wiesbaden:** Das Verfahren wird ausgesetzt. Dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften werden Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt.
- 9. Februar 2009:** Das **Verwaltungsgericht Wiesbaden** hält die Internet-Veröffentlichung aller Agrarbeihilfen-Empfänger mit Namen für nicht vereinbar mit dem Datenschutz. Das EU-Recht zur Transparenz verstoße gegen geltendes EU-Recht zum Datenschutz.
- 17. Dezember 2008:** Deutschland veröffentlicht die Zahlungen zur Förderung der ländlichen Entwicklung (Ausgaben 1. Januar bis zum 15. Oktober 2007).
- 13. November 2008:** Der Bundesrat stimmt dem Gesetz zur Veröffentlichung von Informationen über die Zahlung von Mitteln aus den Europäischen Fonds für Landwirtschaft und Fischerei (Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz – AFIG²) zu.
- 30. September 2008:** Stichtag für die Veröffentlichung der Zahlungen zur Förderung der ländlichen Entwicklung, der für alle Mitgliedsstaaten gilt.
- 23. Mai 2008:** Spitzenempfänger von Agrarexportsubventionen müssen mit Namen und Fördersumme veröffentlicht werden. Dieses Grundsatzurteil hat das Verwaltungsgericht Hamburg heute bekannt gegeben. Nach dem Urteil des Gerichts fallen Empfänger von Agrarsubventionen unter das Umweltinformationsgesetz und sind somit zu veröffentlichen. Diese Frage war bisher in Deutschland strittig, so dass die Öffentlichkeit nicht erfahren konnte, wer die Nutznießer der Agrarförderung sind.
- 19. März 2008:** Veröffentlichung der Mindestanforderungen bei Transparenz im Amtsblatt der Europäischen Union: Name, Gemeinde (ggf. PLZ), Betrag Direktzahlungen, Gesamtbetrag Marktbeihilfen, Gesamtbetrag Zahlungen zur Förderung der ländlichen Entwicklung, die Summe der drei Beträge.

² http://www.rechtskataster.de/PDFBR/2008/0540_2D08.pdf.

- 22. Oktober 2007:** Die europäischen Agrarminister haben den Vorschlag der EU-Kommission für die Offenlegung von EU-Agrarsubventionen abgesegnet. Die Mitgliedsstaaten müssen jetzt veröffentlichen, wer wie viel Agrarsubventionen erhält, aber nicht wofür (fehlende Zweckbestimmung).
- 20. März 2007:** Vorschlag der Kommission zu sektorspezifischen Bestimmungen: „Die Veröffentlichung umfasst mindestens folgende Informationen: a) für den EGFL den Betrag, aufgeschlüsselt nach direkten Zahlungen im Sinne von Artikel 2 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 und sonstigen Ausgaben; b) für den ELER den Gesamtbetrag der öffentlichen Mittel je Begünstigten.“ Das heißt: Keine Bekanntgabe der Zweckbestimmung.
- 14. Februar 2007:** Email des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit an Transparenzinitiative: Die Veröffentlichung von Subventionen, die nicht-natürliche Personen betreffen, ist datenschutzrechtlich unbedenklich. Eine Offenlegung ist in diesem Fall möglich.
- 20. Dezember 2006:** Antwort des Hauptzollamts Jonas auf die Anfrage von Oxfam zu Exportsubventionen: Die Rechnungsabteilung überstellt dem BMF monatlich Aufstellungen über die Gesamtbeträge der gewährten Subventionen je Marktorganisation. Darüber hinaus werden dem BMF Quartalsmeldungen über Ausführungsmengen und über die gewährten Erstattungsbeträge in einer Summe je Marktorganisation übersandt. Die Empfänger der Subventionen werden dem BMF nicht mitgeteilt.
- 15. Dezember 2006:** Durchführungsverordnung (EG) Nr. 1974/2006 vom 15. Dezember 2006 zur Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums. „Ab 2008 veröffentlicht die Verwaltungsbehörde mindestens einmal pro Jahr das Verzeichnis der Begünstigten, die im Rahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum eine Finanzierung erhalten, die **Bezeichnung der Vorhaben** und der Beträge der für die Vorhaben bereitgestellten öffentlichen Beteiligung.“ Wird später leider wieder aufgehoben.
- 1. Dezember 2006:** Der Rat stimmt der Einigung von Kommission, Rat und Parlament zu.
- 29. November 2006:** Kommission, der Rat und das Parlament der Europäischen Union einigen sich darauf, die erstmalige, verpflichtende Veröffentlichung der Empfänger von Subventionen bei den EU-Strukturfonds für das Jahr 2008 und im Agrarbereich für das Jahr 2009 (Ausnahme: Ländliche Entwicklung 2008) festzuschreiben.
- 15. November 2006:** Brief von Minister Seehofer an die Transparenzinitiative: Demnach wird von Seiten des BMELV in den nächsten Sammelanträgen für 2007 bereits ein Hinweis auf die Veröffentlichung der Daten erfolgen. Bis 15. Mai ist Antragsfrist für die Direktzahlungen. Bis Ende 2007 werden 80% der Subventionen überwiesen. Der Rest bis zum 2. Quartal 2008. Dem BMELV sollen dann alle Daten von 2007 Anfang 2009 vorliegen.
- August 2006:** Leitende Vertreter des BMELV haben der Transparenzinitiative zugesagt, dass eine Veröffentlichung bereits im Mai 2008 möglich sei.
- 3. Mai 2006:** Grünbuch „Europäische Transparenzinitiative“

7. März 2006:

Gründung der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“. Die Transparenz-Initiative wird heute von 36 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Verbraucherschutz, Demokratie & Transparenz, Tierschutz und bäuerliche Landwirtschaft unterstützt.